

INTERPELLATION

Urheber Florian Alter, AdG/LA, und Blaise Melly, UDC
Gegenstand Nimmt der Staatsrat Whistleblower ins Visier?
Datum 10.12.2019
Nummer 6.0111

Am 26. November 2019 war in einem Artikel der Zeitung «Le Temps» zu lesen, dass Staatsrat Jacques Melly, unterstützt durch die Gesamtregerung, ein Gerichtsverfahren gegen den kantonalen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten Sébastien Fanti eingeleitet habe, weil dieser sich weigerte, die Identität der Whistleblower im Zusammenhang mit der Quecksilber-Affäre im Oberwallis zu enthüllen. Ende Oktober hatten wir bereits erfahren, dass der Staatsrat die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den ehemaligen Chef der Dienststelle für Umwelt Joël Rossier in Erwägung ziehe.

Diese verschiedenen Verfahren beunruhigen uns, da sie den Eindruck erwecken, der Staatsrat wolle sämtliche Whistleblower im Kanton zum Schweigen bringen. Dass der Staatsrat mehr Energie dafür aufwendet, Whistleblowern das Leben schwer zu machen, anstatt die von ihnen angezeigten Probleme zu lösen, ist für uns inakzeptabel. Beim Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt häufen sich Berichte über äusserst gravierende Probleme (beispielsweise Fälle von Umweltverschmutzung), die Auswirkungen auf die Gesundheit der Walliserinnen und Walliser haben könnten. Die Tatsache, dass versucht wird, die Hinweisgeber zum Schweigen zu bringen, lässt nichts Gutes hinsichtlich einer zielstrebigem Bewältigung dieser Probleme erahnen. Angesichts der Tatsache, dass sich bis jetzt jeder Transparenzmangel der Regierung systematisch als Eigentor erwiesen hat, ist diese Strategie nur schwer nachvollziehbar.

Was den Schutz von Whistleblowern anbelangt, hat der Grosse Rat 2017 die Motion 1.0195 «Whistleblower» im Behandlungsstadium entgegen den Willen des Staatsrates angenommen. Eigentlich sollte sich diese nun in der Umsetzungsphase befinden. Der Staatsrat scheint sich allerdings mit den gleichen Argumenten dagegen zu sperren, mit denen er damals die Motion bekämpft hat. Wie es aber die Motionäre erklärt haben, wird damit nicht die Ausarbeitung eines Gesetzes, sondern beispielsweise die Schaffung einer Ansprechstelle für die öffentliche Verwaltung gefordert.

Schlussfolgerung

Damit sich die Walliser Bevölkerung ein klares Bild über die Haltung des Staatsrates gegenüber Whistleblowern machen kann, möchten wir vom Staatsratspräsidenten Folgendes wissen:

- Trifft es zu, dass ein Gerichtsverfahren gegen den Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten eingeleitet wurde?
- Stimmt es, dass der Gesamtstaatsrat dieses Vorgehen unterstützt?
- Befürchtet der Staatsrat nicht, auf diese Weise Personen, die von gravierenden und das Gemeinwohl gefährdenden Unzulänglichkeiten wissen, zum Schweigen zu bringen?